



Florian Post, MdB

Claudia Tausend, MdB

Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
 in diesem Herbst ist politisch einiges geboten. Alleine am 13. November 2014 fanden zehn namentliche Abstimmungen statt. Unter anderem wurde der **Artikels 91b des Grundgesetzes geändert (Teilaufhebung des Kooperationsverbots) und eine große BAföG-Reform beschlossen**. Zudem fanden die ersten Lesungen zur Mietpreisbremse sowie zum Familienpflegezeitgesetz – beides wichtige sozialdemokratische Projekte - im Deutschen Bundestag statt. Natürlich waren wir auch wieder bei zahlreichen Terminen in unseren Wahlkreisen präsent. Viel Spaß beim Lesen unseres Newsletters.

Fernwärme in München erhalten – klimaschonende Energieerzeugung unterstützen

Florian Post hat letzte Woche in seiner Rolle als zuständiger Berichtserstatter zu einem Fachgespräch mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Branchenvertretern zum Thema Kraft-Wärme-Kopplung eingeladen.

Mit der Entscheidung, aus der Kernkraft auszusteigen, ist ein umfassender Umbau unseres Energiesystems verbunden. Trotz des Verzichts auf Atomstrom klimaschonend Energie zu erzeugen, ist dabei eine der größten Herausforderungen. Das hat nicht nur zu einem umfassenden Zubau von Erneuerbaren Energien geführt, sondern auch zur technologischen Weiterentwicklung von immer intelligenteren und effizienteren Energieerzeugungssystemen. Eine hochgradig effiziente Form der Energieerzeugung ist die sogenannte

Kraft-Wärme-Kopplung. Dabei wird die Abwärme, die bei der Produktion von Strom entsteht, z.B. für Fernwärme, wie bei uns in München, genutzt. Die komplette Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland trägt heute schon zu CO₂-Einsparungen von 56 Mio. Tonnen gegenüber der ungekoppelten Strom- und Wärmeenergieerzeugung bei, ihr Ausbau ist ein wichtiger Bestandteil zur Erreichung von ehrgeizigen Klimaschutzziele. Das hat ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebenes Gutachten errechnet. Dieses Gutachten kommt auch zu dem Schluss, dass im derzeitigen Strommarkt KWK-Anlagen kaum wirtschaftlich zu betreiben sind. Auch die Fernwärmeversorgung in München, mit ungefähr 800 km

Leitungen eine der größten in ganz Europa, ist davon betroffen. Um dennoch unser im Koalitionsvertrag vereinbartes Ziel von 25 % KWK-Strom an der Nettostromerzeugung zu erreichen und bestehende KWK-Anlagen zu erhalten, bedarf es zusätzlicher Anstrengungen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, das bestehende Förderinstrument, das KWK-Gesetz zügig, also noch im ersten Halbjahr 2015 zu novellieren, um dieser besonders klimaschonenden Form der Energieerzeugung eine Zukunftsperspektive zu verschaffen. Mit den Ergebnissen aus dem Fachgespräch werden wir nun auf fundierter Grundlage die Diskussion über die sinnvolle und nachhaltige Veränderung der Rahmenbedingungen für KWK weiterführen.

BAföG-Reform: Mehr Bildungsgerechtigkeit

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit Nachdruck und Erfolg für ein umfassendes BAföG-Reformpaket eingesetzt. Dies wurde am 13. November 2014 im Bundestag beschlossen.

Nun gewinnen alle: Mehr Geförderte werden von besseren Leistungen profitieren. Und durch die vollständige Übernahme der BAföG-Leistungen durch den Bund werden die Länder zugleich in der Bildungsfinanzierung unterstützt. Von 1. Januar 2015 an wird der Bund allein für das BAföG zuständig sein und die Ausbildungshilfen zu 100 Prozent finanzieren.

Die Länder können dadurch dauerhaft jährlich 1,17 Milliarden Euro mehr für Kita-Plätze, eine gute Betreuung, bessere Schulen und Hochschulen ausgeben. Mit der deutlichen Erhöhung der Bedarfssätze und einer Anhebung der Wohnkosten- und Sozialpauschalen erhalten BAföG-Geförderte mehr monatliche Unterstützung. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge (plus 7%) werden zudem rund 110.000 junge Menschen zusätzlich BAföG-berechtigt. Dank der Kopplung mit dem „Meister-BAföG“ erhalten nicht nur Schüler/-

innen und Studierende, sondern auch förderberechtigte Fachkräfte mehr Geld. Die Mobilität und Internationalität der Studierenden wird künftig besser berücksichtigt. Die Förderlücke zwischen Bachelor und Master wird geschlossen. Überflüssige Leistungsnachweise werden abgeschafft und die elektronische Antragsstellung bundesweit ermöglicht. Zudem wurde mit einer Grundgesetzänderung (Artikel 91b) das Kooperationsverbot teilweise aufgehoben. Die SPD möchte dies auch für den Schulbereich erreichen.

Flüchtlinge in München

Syrien, Irak, Somalia: Täglich erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus den Kriegs- und Katastrophengebieten der Welt.

Damit verbunden sind menschliche Schicksale von Flucht und Vertreibung. Der Freistaat Bayern rechnet in diesem Jahr mit 33.000 neuen Flüchtlingen – mehr als doppelt so vielen wie in 2013. Nach dem Verteilungsschlüssel entfallen davon auf München rund 5.000 Personen. Uns ist klar: Es ist ein Akt der Solidarität, diese Menschen aufzunehmen. München ist seit Jahren für eine humane Flüchtlingspolitik bekannt, die den Schutz der Schutzbedürftigen in den Mittelpunkt stellt.

Wir Münchnerinnen und Münchner zeigen: Es geht nicht nur um gesetzliche Verpflichtungen, bei der Unterbringung mitzuwirken – für uns ist es Akt der Humanität, dass wir diese Menschen auch in unsere Stadtgesellschaft gut aufnehmen. So sind wir froh, dass sich so viele Menschen finden, um den Parolen aus rechts-extremen Kreisen entgegenzutreten. Auf der anderen Seite nehmen wir natürlich die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern sehr ernst. Die Stadt München hat derzeit eine ganze Reihe an möglichen Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Wohnungslosen – in allen Stadtvierteln – geprüft. Wichtige

Prüfungsaspekte sind die gleichmäßige Verteilung zwischen den Stadtbezirken aber auch die zügige Verfügbarkeit von geeigneten Flächen oder bestehenden Gebäuden. Ganz wichtig ist für uns dabei, so früh wie möglich die Nachbarschaft und die Bezirksausschüsse zu informieren. Hervorheben wollen wir auch die wichtige Arbeit, die die Regionalen Netzwerke für Soziale Arbeit und die Wohlfahrtsverbände hier in den Vierteln leisten. **Auch viele Münchnerinnen und Münchner engagieren sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge. Für dieses außerordentliche Engagement möchten wir uns sehr herzlich bedanken.**

Missionen der Vereinten Nationen verlängert

In der Sitzungswoche Anfang November hat der Deutsche Bundestag die beiden Missionen der Vereinten Nationen im Südsudan sowie in Darfur verlängert. Beide Missionen finden bereits unter Beteiligung der Bundeswehr statt. Die VN-Mission UNMISS im Südsudan, die erstmals

2005 vom Bundestag gebilligt wurde, bleibt – auch aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion – notwendig. Gerade in den letzten Monaten zeigte sich, dass die Sicherheitsprobleme in dem jungen afrikanischen Staat weiterhin bestehen und die Menschen vor Ort auf die Unterstützung der

internationalen Gemeinschaft angewiesen sind. Auch in Darfur soll die bestehende Mission UNAMID weitergeführt werden. In Darfur wurde im Sommer 2007 die Friedensmission unter der gemeinsamen Führung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union eingerichtet.

Neue Regelungen zur Pflege von Angehörigen – Mehr Zeit für die Familie

Drei Viertel aller Pflegebedürftigen in München werden zuhause versorgt, 45 % werden von Angehörigen gepflegt. Hier sehen wir Handlungsbedarf, unbürokratische Regelungen zu treffen, die den Familien das Leben leichter machen! Deshalb haben die sozialdemokratisch geführten Ministerien für Familie und für Soziales den Entwurf eines Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf den Weg gebracht. Da jede Pflegesituation individuell ist, sind flexible Instrumente nötig. Im Akutfall ist demnach kurzfristig eine Auszeit von bis zu zehn Arbeitstagen möglich. Neu ist dabei der Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld, das den Verdienstaufschlag in dieser Zeit zu einem

Großteil auffängt. Neu ist auch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit. Beschäftigte sind künftig für die Gesamtdauer von bis zu 24 Monaten freizustellen, wenn sie einen nahen Angehörigen pflegen. Sechs Monate ist eine komplette Freistellung möglich, danach eine Reduktion auf mindestens 15 Stunden Wochenarbeitszeit. Während der sechsmonatigen Freistellung hat man künftig einen Rechtsanspruch auf Förderung durch ein zinsloses Darlehen. Wichtig ist, dass der Begriff der »nahen Angehörigen« erweitert wurde. Künftig besteht der Rechtsanspruch auf Fernbleiben von der Arbeit wegen kurzzeitiger Arbeitsverhinderung und auf alle Freistellungen nicht nur für die Pflege von Groß-

eltern und Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten oder Partnern einer eheähnlichen Gemeinschaft, sondern auch für Stiefeltern, Schwägerinnen und Schwager sowie für Partner in lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaften. Wie bisher sind auch Geschwister, Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder des Ehegatten oder Lebenspartners sowie Schwieger- und Enkelkinder als nahe Angehörige anzusehen. Außerdem ist es sehr gut, dass künftig eine Freistellung möglich sein wird, wenn man einen schwerkranken Angehörigen in dieser Phase seines Lebens begleiten will. **Das Gesetz werden wir nun in Bundestag und Bundesrat beraten. Nach Plan soll es zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.**

Ohne Netzausbau wird Strom in Bayern teurer

CSU Wirtschaftsministerin Aigner hat Ende Oktober ihr Energiekonzept vorstellen wollen. Die Erwartungen der Bayern endlich ein konsequentes Konzept für die Stromerzeugung der Zukunft zu bekommen wurde auf ganzer Linie enttäuscht. Anstatt ihr klares Bekenntnis zu Stromtrassen zu untermauern (Aigner im Frühjahr: „Die Trasse kommt“) verliert die Ministerin sich nun im Zaudern.

Die Verzögerung beim Netzausbau kostet uns heute schon über 300 Millionen Euro pro Jahr. Diese Kosten gehen auf das Konto der CSU mit ihrer Verzögerungstaktik. Es kommt schon jetzt insbesondere auf Nord-Süd Trassen zu Überlastungen – während die meisten Kernkraftwerke Bayerns noch nicht abgeschaltet sind. Die vorgeschlagenen Gaskraftwerke sind keine Alternative. Strom aus Gaskraft-

werken ist im Moment doppelt so teuer verglichen mit den durchschnittlichen Kosten für Stromerzeugung.

De facto gibt es zwei Optionen: Entweder die CSU zeigt Einsicht in den Netzausbaubedarf oder die EU wird in Deutschland über kurz oder lang zwei Preiszonen einführen. Und dann wird es teuer für Bayerns Stromkunden.

Regierungsbefragung soll lebendiger werden

Im Bundestag gibt es zwei Formate für Fragen an die Regierung: In der „Befragung der Bundesregierung“ können Abgeordnete spontan zur Kabinettsitzung und aktuellen Themen fragen. In der „Fragestunde“ beantwortet die Bundesregierung zuvor schriftlich eingereichte Fragen von Abgeordneten. Die Regierungsbefragungen waren zuletzt stark kritisiert worden, weil sich viele Ministerinnen und Minister häufig

von ihren Staatssekretärinnen und Staatssekretären vertreten ließen. Lebendige Debatten kamen in der Regel immer dann zu Stande, wenn auch Kabinettsmitglieder persönlich anwesend waren. Damit diese Debatte Kultur die Regel wird, soll künftig jede/r Bundesminister/in dem Parlament einmal im Jahr Rede und Antwort stehen. Das soll sicherstellen, dass mindestens ein ranghohes Regierungsmitglied von den Abgeord-

neten zum eigenen Ressort, aber auch zu anderen aktuellen Kabinettschwerpunkten persönlich befragt werden kann. Zudem sollen Regierungsbefragungen künftig von 35 Minuten auf eine Stunde verlängert werden. Die „Fragestunde“ soll stattdessen verkürzt werden: von zwei auf 1,5 Stunden. Die Union blockte leider den Wunsch der SPD-Fraktion ab, dass auch Kanzlerin Angela Merkel ein oder zwei Mal im Jahr zur Parlamentsbefragung erscheint.

Aus dem Wahlkreis



Florian Post und Stadträtin Heide Rieke bei der Feier zum **30-jährigen Jubiläum der Jungen Arbeit** im Hasenbergl.



Termin bei Salesforce Deutschland - Vorbildlich investiert dieses Unternehmen 2000 Arbeitstage im Jahr in gemeinnützige Projekte.



Besuch von Sigmar Gabriel

Am 31. Oktober war Sigmar Gabriel zu Besuch in München, wo er sich viel Zeit nahm, um mit Vorstands- und Parteiratsmitgliedern über aktuelle und brisanten Themen zu sprechen. Man diskutierte unter anderem über Steuer- und Vermeidungsstrategien von multinationalen Konzernen wie Google und Amazon, die sich nicht nur Wettbewerbsvorteile der heimischen Wirtschaft verschaffen, sondern auch den übrigen Steuerzahlern mehr Steuern aufbürden.



Danke für ein sicheres München!
Florian Post bei der Einweihung der neuen PI 11 München-Altstadt.



Gewerkschaftsjunior Felix Spreen hat Claudia Tausend eine Sitzungswoche lang in Berlin begleitet und wichtige Eindrücke über den Parlamentsbetrieb sammeln können.

Aus dem Wahlkreis



Eine Gruppe Studentinnen und Studenten von der Hochschule München hat Claudia Tausend im Deutschen Bundestag besucht.



Am 18. Oktober wurde im Vorstand der Bayern SPD eine **intensive Debatte** zu TTIP und CETA mit dem Vorsitzenden des Handelsausschusses des Europaparlaments Bernd Lange geführt.

Video der TTIP-Debatte unter: <http://bayernspd.de/videos/?id=suV5h10AwwY>



Florian Post mit seiner **Besucherguppe** im Oktober 2014 im Bundestag – Vertreterinnen und Vertreter der **Arbeiterwohlfahrt München**.



Die Jugendlichen vom **Projekt MoQua** des Kreisjugendring München-Stadt haben Claudia Tausend im Wahlkreisbüro besucht. Sie hatten viele Anliegen - insbesondere zu den Themen Integration, Unterstützung durch Behörden und Einbürgerung - dabei.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im
Europausschuss



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.